

„Kontrolle über die Stromnetze“

Bärbel HÖHN (55), stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen, drängt die Bundesregierung dazu, endlich Stromnetze zu verkaufen um damit für faire Preise und Wettbewerb zu sorgen.

An wen könnte Eon sein Stromnetz verkaufen?

Das ist eine Frage, die ich am kommenden Mittwoch der Bundesregierung stellen werde. Das Stromnetz ist eine wichtige Infrastruktur. Da kann es nicht egal sein, wer der Käufer ist. Aus meiner Sicht braucht die Regierung eine Strategie, die Hand auf das Netz zu bekommen. Es geht darum, Wettbewerb und faire Strompreise sicherzustellen. Außerdem wäre es wichtig, dass auch Vorgaben für den Ausbau des Netzes gemacht werden.

Welche Gefahren drohen uns Kunden beim Verkauf an unbekannte Investoren?

Wettbewerbsbehinderungen, Preistreiberei, die Vermengung von politischen und wirtschaftlichen Interessen – um solche Gefahren abzu-

wenden, ist es wichtig, dass die öffentliche Hand Kontrolle über die Netze hat. Die Regierung könnte zum Beispiel ein Vorkaufsrecht beanspruchen.

Ist der Verkauf von Netzen überhaupt legitim?

Er ist überfällig. Sogar Eon sieht das jetzt ein, nur die Bundesregierung nicht. Die Bundesregierung ist blamiert, weil sie immer noch dafür kämpft, dass die Konzerne neben ihren Kraftwerken die Netze behalten dürfen. Dabei

hat sich der größte Energiekonzern mit der EU-Kommission geeinigt und gesagt, wir geben unsere Netze ab.

Sind nicht erhebliche Investitionen für eine Modernisierung und den Ausbau der Netze erforderlich?

Ja, insbesondere für den Ausbau der Windenergie in Norddeutschland. Tatsächlich sind die Investitionen in die Netze aber zurückgegangen. Das kann zu Engpässen führen. Wir brauchen eine Netzstruktur im Sinne der Gesellschaft. Das ist ähnlich wie bei der Bahn: Auch da wird diskutiert, ob die Gleise

beim Staat bleiben, weil es um eine notwendige Infrastruktur geht.

Warum bekommt Eon jetzt Geld, nachdem die EU vorher mit sechs bis sieben Milliarden Euro Strafe drohte?

Ein Deal, „wir verkaufen unsere Netze, und dafür wird uns die Strafe erlassen“, ist nicht in Ordnung. Aber er macht deutlich, dass Eon total unter Druck steht. Eon hat offenbar gegen Wettbewerbsrecht

verstoßen und muss mit einer saftigen Strafe rechnen. Der Vorwurf, hier seien Monopolisten am Werk, hat sich bestätigt. Die Energiekonzerne haben seit 2000 ihre Gewinne verdreifacht.

Der Strom ist immer teurer geworden. Hat die Politik geschludert?

Die Bundesregierung hat die Energiekonzerne bei ihrer Preistreiberei zu lange gewähren lassen. Sie tut zu wenig, um für Wettbewerb zu sorgen. Was die EU-Kommission jetzt durchsetzt, die Trennung von Netz und Produktion, hätte es schon lange geben können.

Gespräch: Evil KEIL